Antrag auf Übernahme des Elternbeitrages

gemäß § 90 Sozialgesetzbuch - Achtes Buch - (SGB VIII) i.V.m. § 13 des Gesetzes zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt (KiFöG), GVBL-LSA Nr. 06/2003, veröffentlicht am 07.03.2003, zuletzt geändert durch Artikel1 der Gesetzes vom 13. Dezember 2018 (GVBL LSA S.38)

Zurücksenden an:

Landkreis Saalekreis
Dezernat II, Gesundheit, Soziales und Bildung
Jugendamt / SG Kindertagesbetreuung
Kloster 4
06217 Merseburg

Eingangsvermerk

Rücksendungen per E-Mail an: Jugendamt-avu@saalekreis.de

1. Antragsteller/in

☐ **Erstantrag** ☐ **Folgeantrag**

Name, Vorname	Geb. Datum	Telefonnummer (Angabe ist freiwillig)
Wohnanschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)		
E-Mail Adresse (Angabe ist freiwillig)		

2. Kind(er), für welche/s die Übernahme beantragt wird

Name, Vorname	Geb. Datum	Verwandschaftsverhältnis zum Antragssteller					
		☐	gemeinsames Kind	☐	leibliches Kind	☐	Pflegekind
		☐	gemeinsames Kind	☐	leibliches Kind	☐	Pflegekind
		☐	gemeinsames Kind	☐	leibliches Kind	☐	Pflegekind

3. Angaben zum Sorgerecht – Prüfung der Zuständigkeit

Gemeinsames Sorgerecht: Name, Vorname, Anschrift (wenn abweichend zum Antragsteller)			
1. Kind	☐	alleiniges Sorgerecht des Antragstellers	
2. Kind	☐	alleiniges Sorgerecht des Antragstellers	
3. Kind	☐	alleiniges Sorgerecht des Antragstellers	

4. Angaben zur Kindertageseinrichtung/Betreuung

Name und Träger der Einrichtung		monatl. Elternbeitrag	Ermäßigung beantragt ab
1. Kind			
2. Kind			
3. Kind			

5. Weitere Personen im Haushalt des Antragstellers

(Zweites Elternteil, weitere Kinder, Lebenspartner, Großeltern)

Name, Vorname		Geb. Datum	Verwandtschaftsverhältnis
1.			
2.			
3.			
4.			

6. Unterhaltsberechtigte Kinder der Eltern/des allein erziehenden Elternteils, welche (auch zeitweise) außerhalb des Haushaltes leben.

(Bei der Unterbringung in Heimen oder bei der Pflege ist der Bescheid in Kopie beizufügen.)

Name, Vorname	Geb. Datum	Anschrift

7. Antragsumfang

mit ☐ Stunden ab wann: ☐

8. Erweiterter Betreuungsanspruch

Erweiterter Betreuungsanspruch (über 8h/Tag hinaus), weil:

☐ Vereinbarkeit Familie und Beruf (Arbeitsverhältnis)

☐ Ausbildung, Fortbildung oder Studium

☐ Pflege/Krankheit u.a.

☐ werktätiges Ehrenamt, welches Berufstätigkeit gleichkommt

☐ Sonstiges (bitte kurz erläutern)

_____

_____

_____

Gem. § 3 Abs. 4 KiFöG LSA können bei erheblichen Zweifeln entsprechende Nachweise verlangt werden.

9. Teilnahme an Maßnahmen

Name, Vorname	von - bis

Die Mutter/der Vater nimmt an Maßnahmen (Trainingsmaßnahme, Sprachkurs, Praktikum oder ähnl.) der Agentur für Arbeit bzw. des Eigenbetriebes für Arbeit-Jobcenters Saalekreis teil.

Hinweis:
Bei Teilnahme an diesen Maßnahmen für die eine Kita-Betreuung notwendig wird, müssen Sie bei der dortigen Stelle den Antrag auf Übernahme der Kinderbetreuungskosten stellen (§ 16 Abs. 2 S.2 SGB II, § 83 SGB III) Bei Ablehnung können Sie die Übernahme der Kinderbetreuungskosten beim Jugendamt beantragen. Der Ablehnungsbescheid ist dem Antrag beizufügen.

Durch Ihre Unterschrift bestätigen Sie, dass die gemachten Angaben vollständig und wahrheitsgemäß gemacht wurden und dass zum Zeitpunkt der Antragstellung keine Kinderbetreuungskosten von Dritten (z.B. Arbeitgeber, Eigenbetrieb für Arbeit-Jobcenter Saalekreis, Agentur für Arbeit oder andere Behörden bezogen, beantragt oder geltend gemacht werden. Gemäß § 60 SGB I i.V.m. § 97a SGB VIII sind alle Tatsachen anzugeben, welche für die Leistungsgewährung erheblich sind. Änderungen in den Verhältnissen, welche für die Leistungsgewährung erheblich sind oder über die im Zusammenhang mit der Leistungsgewährung Erklärungen abgegeben wurden, sind unverzüglich mitzuteilen. Entsprechend § 66 SGB I kann der Leistungsträger ohne weitere Ermittlungen die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen, wenn derjenige, der eine Sozialleistung beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 bis 62 und § 65 SGB I nicht nachkommt und hierdurch die Aufklärung des Sachverhaltes erheblich erschwert.

Nach Vorlage aller erforderlichen Unterlagen und Bearbeitung des Antrages erhalten Sie einen schriftlichen Bewilligungs- oder Ablehnungsbescheid. Dieser wird zwecks Abrechnung der Benutzungsgebühren gleichzeitig dem Träger der Kindereinrichtung / Hort zugesandt. Hierzu wird Ihre Einwilligung zur Weitergabe der Daten gemäß § 4 i.V.m. § 9 des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger (DSG-LSA) benötigt, wonach die Erhebung und Übermittlung personenbezogener Daten an Dritte der Zustimmung des Betroffenen bedürfen.

10. Einverständniserklärung zur Überweisung der Elternbeiträge/Datenschutzerklärung

Hiermit erkläre ich mein Einverständnis, dass die vom Jugendamt der Kreisverwaltung bewilligte Erstattung des Elternbeitrages für den Besuch der Kindertagesstätte direkt an den Träger der Kindertagesstätte gezahlt wird.

Ich stimme der Übermittlung der für die Bearbeitung der Übernahme des Elternbeitrages notwendigen personenbezogenen Daten sowie der Übersendung einer Kopie des Bewilligungs- oder Ablehnungsbescheides an den Träger der Kindertagesstätte / Hort zu.

Datum	Unterschrift(en) des/r Antragsteller(s)

Anlage : Angaben zu den wirtschaftslichen Verhältnissen

Art des Einkommens		
Entsprechende Belege sind dem Antrag in Kopie beizufügen!	**Vater monatlich**	**Mutter monatlich**
Nettoerwerbseinkommen (zzgl jährl. Sonderzahlungen, Gratifikationen)		
Einkommen aus Selbständigkeit (gem. Steuerbescheid des Vorjahres)		
Arbeitslosengeld I (Agentur für Arbeit)		
Bürgergeld (Eigenbetrieb für Arbeit-Jobcenter Saalekreis)		
Sozialhilfe nach SGB XII		
Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)		
Renten/Pensionen/Versorgungsbezüge (EU, Waisenrente usw.)		
Krankengeld		
Kindergeld (für im Haushalt lebende Kinder)		
Kindergeld der Eltern (z.B. Schüler, Studenten)		
Kinderzuschlag		
Elterngeld		
BAföG/Stipendien/Berufsausbildungsbeihilfe		
Zuwendungen Dritter (z.B. Unterstützung durch Eltern, Großeltern)		
Unterhalt/Unterhaltsvorschuss/Ehegattenunterhalt		
Wohngeld		
Einnahmen aus Vermögen (Zinsen, Dividenden)		
Einnahmen aus Vermietung/Verpachtung		
Mutterschaftsgeld		
Sonstige Einnahmen		

Art der Aufwendungen						
Entsprechende Belege sind dem Antrag in Kopie beizufügen!					**Vater monatlich**	**Mutter monatlich**
Arbeitsmittel						
Fahrt zwischen Wohnung u. Arbeitsstätte (einfache Strecke)						
Arbeitsstätte in:			km:			
Öffentliche Verkehrsmittel	☐	nein	☐	ja, welches:		
Beiträge an Berufsverbände (z.B. Gewerkschaften, Kammern usw.)						
private Krankenversicherung (z.B. Studenten, Beamte, Selbständige)						
staatlich geförderte Rentenversicherung (gem. §10 EStG, Riester)						
Haftpflichtversicherung						
Hausratversicherung						
Unfallversicherung des Kindes/der Kinder						
doppelte Haushaltsführung/Familienheimfahrt						
Unterhaltsverpflichtung (gem. Punkt 6 des Antrages)						
Kaltmiete						
Betriebskosten						
Hauslasten (bei Wohneigentum siehe Hinweisblatt)						

Mir ist bekannt, dass wissentlich falsche Angaben oder das vorsätzliche Verschweigen von rechtserheblichen Tatsachen im Sinne des § 263 Strafgesetzbuch (StGB) strafbar sind und verfolgt werden können.